

Ein Kurzbesuch des US-Kriegsministers Gates in Bahrain ist ein weiterer Beleg dafür, dass die USA ihren – auch im Hinblick auf Libyen – strategisch wichtigen Flottenstützpunkt auf dieser Insel im Persischen Golf auf keinen Fall aufgeben wollen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 054/11 – 25.03.11

Ein Zwischenstopp des US-Verteidigungsministers Gates in Bahrain unterstreicht die Bedeutung dieses winzigen Staates am Persischen Golf

Von Kevin Baron

STARS AND STRIPES, 11.03.11

(<http://www.stripes.com/news/gates-stop-in-bahrain-signals-importance-of-tiny-gulf-nation-1.137426>)

MANAMA, Bahrain – Von den vielen Staaten im Mittleren Osten und in Nordafrika, die von revolutionären Bewegungen erschüttert werden, ist nur das winzige Bahrain wegen seiner strategischen Bedeutung für die USA so wichtig, dass es kurz nacheinander von den beiden führenden Repräsentanten der Regierung des Präsidenten Barack Obama aus dem Bereich Verteidigung besucht wurde.

Verteidigungsminister Robert Gates kam schon am Freitagabend nach Manama (in die Hauptstadt Bahrains) – zu einem vorher nicht angekündigten Treffen mit dem König und dem Kronprinzen, das am Samstag stattfand. Sein Zwischenstopp erfolgte nur zwei Wochen nach dem Besuch des US Generalstabschefs Admiral Mike Mullen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP03911_010311.pdf), der hier war, um der Herrscherfamilie Bahrains die Unterstützung Washingtons zuzusichern – für ihre Bereitschaft zu friedlichen Verhandlungen mit Protestierenden, die politische Reformen fordern.

Die Obama-Regierung hofiert (die autokratische Herrscherfamilie) dieses Ländchen(s) aus strategischen Gründen in einer Art und Weise, die von Regierungsvertretern und Außenstehenden als ein typisches Beispiel für Realpolitik im 21. Jahrhundert bezeichnet wird; aus nüchternen geopolitischen Überlegungen heraus setzt sie sich über ideologische Bedenken einfach hinweg.

Der Gates-Besuch in Bahrain, der offiziell dazu dienen sollte, der Herrscherfamilie erneut die Unterstützung der USA zu versprechen und sie zum Dialog mit den Protestierenden zu ermuntern, sei ein Beispiel für den "pragmatischen Umgang" der US-Regierung mit den gegenwärtigen Ereignissen, teilte ein führender Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, der anonym bleiben wollte, den Reportern an Bord der Maschine des Verteidigungsministers mit.

Die USA teilten seit Jahrzehnten mit Bahrain "wichtige gemeinsame Interessen", fügte der Mitarbeiter hinzu, und daran habe sich auch nichts geändert; zu den gemeinsamen Interessen gehöre vor allem die Bewahrung der Stabilität.

Bahrain ist eine Insel, die fast in der Mitte der Westküste des Persischen Golfes – direkt gegenüber dem Iran – liegt und durch eine Brücke mit Saudi-Arabien verbunden ist. Die US-Navy ist seit den 1940er Jahren auf der Insel präsent, und die Naval

Support Activity Bahrain (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Naval_Support_Activity_Bahrain) beherbergt einige der wichtigsten militärischen Einrichtungen zur Durchsetzung der strategischen Interessen der USA in der heutigen Welt, darunter auch ein neues vorgeschobenes Hauptquartier der US-Marineinfanterie für die ganze Region.

Von ihrem Stützpunkt auf Bahrain aus überwacht die Fünfte Flotte der US-Navy (s. http://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Fifth_Fleet) das Rote Meer und den Suezkanal, den Yemen, den Persischen Golf und die Straße von Hormuz, das Arabische Meer und den Indischen Ozean und unterstützt außerdem die Kriege im Irak und in Afghanistan.



Die US-Regierung behauptet, in allen Staaten der Region (in denen es Volksaufstände gegeben hat) – in Tunesien, Ägypten, Bahrain, im Jemen und in anderen Ländern – für Versammlungs-, Rede- und Informationsfreiheit und für Gewaltlosigkeit und das Recht auf friedlichen Protest eingetreten zu sein.

"Ich denke, Sie können aus unseren bisherigen Erklärungen durch die Bank erkennen, dass wir uns immer dafür eingesetzt haben," sagte der Mitarbeiter des Verteidigungsministers.

Aber die offen bekundete Unterstützung der Obama-Regierung für das Regime in Bahrain, in dessen Straßen neben Anhängern des Herrscherhauses auch oppositio-

nelle Kräfte für demokratische Reformen demonstrieren, steht in krassem Gegensatz zur (verbalen) Unterstützung der Demokratiebewegung in anderen Ländern.

"Offensichtlich betreiben die USA Realpolitik," sagte Joost Hiltermann, ein Experte der International Crisis Group (s. <http://www.crisisgroup.org/>) für den Mittleren Osten und Nordafrika. **"Niemand erwartet wohl, dass die USA eine nur an Werten orientierte Außenpolitik betreiben, besonders nicht im Mittleren Osten mit seinem Öl. Das können sie sich einfach nicht leisten."**

Beim Aufruhr in anderen Ländern der Region haben sich die USA im Vergleich zur Parteinahme für das Regime in Bahrain jedoch sehr zurückgehalten. Dort begnügte man sich (bisher) mit Telefonanrufen aus dem Weißen Haus, aus dem Pentagon oder aus dem US-Außenministerium oder beließ es bei über die Medien verbreiteten Erklärungen, in denen die Gewalt verurteilt und ein Eingehen auf die Reformforderungen verlangt wurde. In aller Stille haben sich auch US-Diplomaten in der ganzen Region darum bemüht, die Konflikte einzudämmen.

In Bahrain versuchen die USA in einem Balanceakt einerseits Verständnis für die Protestierenden zu zeigen und andererseits König Hamad Isa al-Khalifa, einen bewährten Verbündeten, zu unterstützen. Die USA können weder die eine noch die andere Seite fallen lassen, denn beides würde sich sehr nachteilig auf die Durchsetzung der US-Sicherheitsinteressen auswirken.

"Ich bin nicht sicher, ob es richtiger wäre, uns auf eine Seite zu schlagen," sagte der Mitarbeiter des Ministers. "Wir unterstützen aber den (Demokratisierungs-)Prozess."

Als Anfang Februar die Proteste auch in Bahrain stark zunahmen, stand die US-Regierung vor einer schwierigen Wahl: Sollte sie das Regime unterstützen oder den Verlust eines Verbündeten riskieren, der nur durch das Wasser (des Persischen Golfes) vom Iran getrennt ist? Als die Polizei und die Truppen Bahrains anfangs die Protestierenden mit tödlicher Gewalt angriffen, verurteilte Obama am 17. Februar dieses Vorgehen öffentlich. Die US-Regierung war aber nicht bereit, die guten Beziehungen zu dem Herrscherhaus abubrechen.

Als Mullen eine Woche danach (in Bahrain) eintraf, hatte das (sunnitische) Königshaus seine Sicherheitskräfte bereits zurückgezogen, den Perlen-Platz für gewaltlose Demonstrationen (der überwiegend schiitischen Bevölkerung) freigegeben und Verhandlungen (mit der Opposition) zugesagt.

Mullen, Gates und Außenministerin Hillary Rodham Clinton sehen jetzt das Vorgehen in Bahrain als Modell für den Umgang mit Aufrührern in anderen Ländern des Mittleren Ostens an. "Wir alle müssen realistisch bleiben," sagte Salman Shaik, der Direktor des Brookings Centers in Doha (Informationen dazu unter <http://www.brookings.edu/doha.aspx> und http://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution) in einem Telefoninterview, das er von London aus gab. "Staaten wie die USA und andere Supermächte haben eben Interessen."

F. Gregory Gause, ein Professor der University of Vermont, sagte letzten Monat vor dem Council on Foreign Relations (dem Rat für auswärtige Beziehungen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Council_on_Foreign_Relations): **"Das Aufgeben des Hauptquartiers der Seestreitkräfte in dieser Region und zu einer Zeit, in der es das Ziel der US-Außenpolitik ist, den Iran in die Schranken zu weisen, würde sicher als Sieg für den Iran und als Niederlage für die USA angesehen. ... Ich würde mich deshalb wahrscheinlich zunächst für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen und nur auf längere Sicht für eine bessere Regierungsform einsetzen."**

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Die von der US-Regierung erhofften "Demokratisierungsangebote" des sunnitischen Königshauses an die überwiegend schiitische Bevölkerung Bahrains sind offensichtlich eher dürrftig ausgefallen, denn die Demonstrationen haben nicht aufgehört, sondern sind so ausgeufert, dass sie von den Sicherheitskräften Bahrains nicht mehr in Schach zu halten waren.

Jetzt ist das eingetreten, was zu befürchten war (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP03411_220211.pdf). Allerdings hat nicht Saudi-Arabien allein seine Panzer zur Niederschlagung des Volksaufstandes über die lange Brücke nach Bahrain rollen lassen. Weil diese Intervention offiziell vom Gulf Cooperation Council / GCC (vom Golf-Kooperationsrat, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat>) ausgeht, sind neben Saudis wahrscheinlich auch Soldaten aus Katar, Oman, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten daran beteiligt. Da der GCC gute Kontakte zu den USA und zur NATO unterhält (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP04910_170210.pdf), dürfte ziemlich klar sein, wer da mit wem telefoniert und konferiert hat, damit Araber auf Araber losgehen. Weitere Informationen zu der Intervention sind aufzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/saudische-truppen-marschieren-in-bahrain-ein/3949662.html> .

Derweil waschen Herr Gates und andere ihre Hände in Unschuld, denn seine Marines können in ihrer Naval Support Activity Bahrain bleiben, während andere die "Aufräumarbeiten" für die USA erledigen. Inzwischen wurde der Perlen-Platz, das Zentrum des friedlichen Widerstands in Manama, brutal geräumt. Dabei sollte es mehrere Tote und viele Verletzte gegeben haben.

STARS AND STRIPES.

Gates' stop in Bahrain signals importance of tiny Gulf nation

By Kevin Baron

Published: March 11, 2011

MANAMA, Bahrain — While many nations across the Middle East and North Africa have been shaken by the revolutionary movement, only one of them — tiny Bahrain — has proven strategically important enough for U.S. interests to attract back-to-back visits from President Barack Obama's top two defense officials.

Defense Secretary Robert Gates arrived in Manama late Friday for a previously unannounced meeting with the king and crown prince on Saturday. His stop comes just two weeks after Chairman of the Joint Chiefs of Staff Adm. Mike Mullen came here to show Washington's support for Bahrain's ruling family and its willingness to negotiate peacefully with protesters demanding political reforms.

The Obama administration has strategically embraced the country in what some inside and outside the administration consider an unapologetic example of 21st century realpolitik — the unemotional application of practical geopolitics over ideology.

Gates' Bahrain visit — officially to encourage a dialogue with protesters and reiterate U.S. support for the ruling family — furthers the administration's "pragmatic approach to current events," said a senior defense official speaking to reporters on condition of anonymity aboard the secretary's plane.

The U.S. has shared "deep, common interests" with Bahrain for decades, the official noted, adding, "Nothing about that has changed, and one of those common interests is stability."

Bahrain is an island midway up the western shore of the Persian Gulf, directly across from Iran and connected to Saudi Arabia by a causeway. The U.S. Navy's presence dates to the 1940s and Naval Support Activity Bahrain houses some of the most important military missions to U.S. strategic interests in the world today, including a new forward deployed headquarters for Marines in the region.

From here, the Navy's Fifth Fleet watches over the Arabian Sea, Persian Gulf, Red Sea and Indian Ocean as well as the Suez Canal, Straits of Hormuz, and Yemen, all while supporting the Iraq and Afghanistan wars.

The administration feels it has applied a consistent approach across the region, in Tunisia, Egypt, Bahrain, Yemen and other countries by standing up for freedom of assembly, speech and information, nonviolence and peaceful protests.

"I think you look at our statements across the board, we've been pretty consistent on that," the official said.

But the frank public support for Bahrain's regime, with pro-democracy protesters and opposition party loyalists still in the streets, contrasts with more removed approaches the Obama administration has taken elsewhere.

"Obviously the United States engages in realpolitik," said Joost Hiltermann, Middle East and North Africa expert at International Crisis Group. "Nobody expects the United States to pursue a values-only foreign policy, especially in the Middle East with oil. That simply doesn't work."

Across the region, however, the U.S. has treaded lightly compared with the praise given Bahrain. In other countries, administration leaders have relied on telephone calls from the White House, Pentagon and State Department, or through various media statements condemning violence and urging attentiveness to reformer demands. More quietly, diplomats have peppered the region urging a calm progress.

In Bahrain, the U.S. is balancing support for protesters with support for a longtime ally, King Hamad bin Isa al-Khalifa. Dropping one or the other would both be destabilizing for U.S. security interests.

"I'm not sure we're picking sides," the defense official said. "We're advocating a process."

As protests in Bahrain grew rapidly in early February, U.S. leaders faced a stark choice: support the regime or risk losing an ally sitting just across the water from Iran. Bahraini po-

lice and troops initially attacked protesters with deadly violence, drawing public condemnation from Obama on Feb. 17. But the administration was not ready to jettison the relationship.

By the time Mullen arrived a week later, Bahrain's royals had withdrawn their security forces, permitted Pearl Square to become a hub for nonviolent demonstrations, and pledged to negotiate.

Mullen, Gates and Secretary of State Hillary Rodham Clinton now call Bahrain a model outcome for all Middle East countries in turmoil. "We all have to be realistic here," said Salman Shaik, director of the Brookings Doha Center, in a telephone interview from London. "Countries like the United States and other superpowers have interests."

F. Gregory Gause, a University of Vermont professor, told the Council on Foreign Relations last month: "The idea that you would sacrifice the headquarters of your naval forces in the region at a time when your foreign policy goal is to contain Iran would certainly be seen as a victory for Iran and a defeat for the United States. ... I would probably lean more toward maintaining the relationship and work on them in the long term for better governance."

baronk@stripes.osd.mil

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern